

betreffend einer klimafreundlichen Nationalbank

Mit der Ratifizierung des Klima-Übereinkommens von Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, die Finanzmittelflüsse hinsichtlich Treibhausgasen mit einer emissionsarmen und gegenüber Klimaänderungen widerstandsfähigen Entwicklung in Einklang zu bringen.

Demgegenüber investiert die Schweizer Nationalbank (SNB) gemäss Untersuchungen von Nichtregierungsorganisationen jährlich Milliarden in Unternehmen, die fossile Energieträger abbauen, verarbeiten oder damit handeln. Auch ist auf der Homepage der SNB zu lesen, dass 60% ihrer zinstragenden Anlagen mit einem AAA-Rating bestückt sind. Nur 6 Firmen weltweit besitzen ein AAA Rating, darunter einer der grössten Mineralölkonzerne der Welt. Es stellt sich hiermit die Frage, ob die SNB das Pariser Abkommen und damit internationale Verpflichtungen der Schweiz untergräbt.

Die Schweizer Kantone sind in Besitz von 59% der Stimmrechtsaktien der Schweizer Nationalbank. Als Aktionäre haben sie verschiedene Möglichkeiten, auf die Nationalbank Einfluss zu nehmen (vgl. Art. 34f. NBG). Unter anderem können sie zuhänden der Generalversammlung Fragen stellen. Die nächste Generalversammlung der SNB findet am 29. April 2022 statt.

Folgende Fragen wären aus meiner Sicht dringend:

- Wie bringt die SNB ihr Anlageportfolio sowie die geld- und finanzpolitischen Massnahmen in Einklang mit dem 1.5 Grad-Pfad Klimaziel sowie den Biodiversitätszielen? Wird überhaupt an einem Transitionsplan gearbeitet und wenn Ja, wann wird er veröffentlicht?
- Welche strukturellen Massnahmen werden angesichts der Verpflichtungen, die die Schweiz auf der COP21 und der COP26 eingegangen ist, ergriffen, um Finanzströme von fossilen Brennstoffen und kohlenstoffintensiven Aktivitäten abzuziehen? Wann wird die SNB fossile Energieunternehmen von ihren Investitionen ausschliessen? Warum hat die SNB bis jetzt keine detaillierte Investitionsliste veröffentlicht?
- Welche Massnahmen werden ergriffen, um die rasche Energiewende zu unterstützen, die inzwischen allgemein als notwendig betrachtet wird? Was spricht dagegen, beispielsweise mit «Green TLTRO» (targeted long-term refinancing operations) Anreize für Banken zu schaffen, grüne Projekte zu finanzieren? Sollte die SNB nicht dem Beispiel anderer Zentralbanken folgen, welche niedrigere Zinssätze für positive Energiewendeprojekte anbieten?
- Sollte die SNB bezüglich der Dringlichkeit sowohl einer Energiewende, wie auch der sozialen Sicherung (z.B. AHV) nicht viel mehr von ihren akkumulierten Gewinnüberschüssen (ca. 100 Milliarden Franken) an den Bund und die Kantone ausschütten, wie sie es normalerweise nach Art. 99 der Verfassung tun muss?
- Angesichts der oben genannten dringenden Fragen und in Anbetracht der Tatsache, dass die letzte strategische Überprüfung der SNB-Politik vor fast 20 Jahren in einem ganz anderen Kontext stattfand – wann erfolgt eine strategische Überprüfung der SNB, welche öffentlich nachvollziehbar ist und eine breite Gruppe von Akteur:innen in den Konsultationsprozess miteinschliesst – wie es bei der Europäischen und der Amerikanischen Zentralbank erfolgte?

Unter der Berücksichtigung, dass Basel-Stadt den Klimanotstand ausgerufen hat, aber auch im Bewusstsein, dass der Kanton Basel-Stadt einen sehr kleinen Anteil der Stimmrechtsaktien besitzt, wende ich mich an den Regierungsrat, und danke im Voraus für die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die baselstädtische Kantonsvertretung mit oben formulierten Fragenstellungen zuhänden der nächsten Generalversammlung der SNB vom 29. April 2022 zu beauftragen?
2. Wenn Ja, würde der Regierungsrat zusätzliche Fragen stellen? Welche?
3. Wenn Nein, Wie würde der Regierungsrat an der Generalversammlung die dringende Transformation der SNB-Anlage- und Investitionspolitik thematisieren wollen?

4. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, weitere Kantone zu motivieren, gemeinsam auf die SNB-Anlage- und Investitionspolitik im Sinne des Klima-Übereinkommens von Paris Einfluss zu nehmen?

Patrizia Bernasconi